



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zukunft am Balkan

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Zukunft am Balkan

Die orientalische Frage hat in allen ihren verschiedenen Phasen die gegenseitigen Beziehungen der Mächte stark beeinflusst; aber daß eine schwere Balkankrisis, vielmehr ein Balkankrieg, keine trennende, sondern eine einigende Wirkung auf die Mächte ausüben würde, wäre früher kaum denkbar erschienen. Der Krimkrieg schuf den modernen Gegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn; der Berliner Kongreß hinterließ bei Rußland eine solche Verstimmung gegen Deutschland, daß die Defensivmaßregel des deutsch-österreichischen Bündnisses notwendig wurde; dagegen haben die jüngsten Balkankriege eine Annäherung der Mächte herbeigeführt. Die Londoner Botschafterreunion war ein Ergebnis der Friedensliebe aller Mächte; und die Ergebnisse ihrer Arbeiten haben den großen Vorzug, daß sie bei keiner der beteiligten Regierungen das nagende Gefühl einer diplomatischen Niederlage hinterlassen haben. An bedeutenden Differenzen hat es zwar auf der Botschafterreunion nicht gefehlt, aber sie ließen sich doch verhältnismäßig leicht ausgleichen, da alle Mächte sich von vornherein grundsätzlich auf den Boden einer uneigennütigen Politik gestellt und auf jede eigene territoriale Vergrößerung verzichtet hatten. Lebensinteressen standen für keine Macht auf dem Spiele, mit der einen Ausnahme Österreich-Ungarns, das ein — freilich negatives — Interesse daran hatte, daß Serbien sein Gebiet nicht bis zur Adria ausdehnte. Italien hatte zwar nicht ein gleichgroßes, aber doch ein beträchtliches und historisch begründetes Interesse daran, daß Albanien nicht unter die Herrschaft Österreich-Ungarns käme; und beide verbündeten Mächte hatten sich seit langem darüber geeinigt, daß Albanien ein autonomer Staat werden sollte, wenn einmal die türkische Herrschaft aufhörte. Unter diesen Umständen konnte das europäische Konzert gar nichts anderes tun, als die Entscheidung Österreichs und Italiens zu der seinigen zu machen.

Da sowohl Österreich-Ungarn als Rußland von Anfang an entschlossen waren, auf eigene Erwerbungen am Balkan zu verzichten, und da alle Beschlüsse des Konzerts unter Mitwirkung und Zustimmung beider gefaßt sind, so enthält die Lösung der europäischen Krisis eine nicht geringe Gewähr, daß diese letzte Balkankrisis an sich keine Quelle neuer Zerrwürfnisse zwischen Petersburg und Wien bilden wird. Nun mag man fragen: wodurch war denn die Krisis zwischen Österreich und Rußland entstanden, und weshalb mobilisierten beide Mächte, wenn tatsächlich keine von ihnen eine Expansionspolitik verfolgte? Die Antwort ist, daß Österreich eine russische, und Rußland eine österreichische Politik des Vordringens für nicht ausgeschlossen hielt. Auf beiden Seiten wirkte das Mißtrauen nach, das noch aus der Zeit des Mehrenthal-Frowolski'schen Gegensatzes bestand. In Serbien war die Furcht vor österreichischen Expansionsplänen ganz ehrlich; diese objektiv unrichtige Auffassung mag Petersburg bis zu einem gewissen Grade beeinflusst haben, und man hielt anfänglich ein Eingreifen Österreichs in den Balkankrieg zu ungunsten der Verbündeten für möglich. In Wien dagegen betrachtete man den Balkanbund wohl als eine russische Schöpfung, man überschätzte seine Lebensfähigkeit, glaubte sich wenigstens in der Zukunft durch ihn bedroht; und das trotzige Verhalten Serbiens in Zwischenfällen, wie der Prohaska-Affäre, schien durch russische Einflüsse unterstützt zu werden. Das Verdienst der Botschafterreunion war es, daß die Regierungen durch die langen, in alles einzelne gehenden Beratungen über ihre gegenseitigen Absichten und Motive besser unterrichtet wurden, daß das gemeinsame Zusammenwirken für die Erhaltung des europäischen Friedens Mißverständnisse und Mißtrauen zwischen den früheren Rivalen beseitigte, und daß die Existenz eines Konzerts und namentlich die deutsch-englische Annäherung den Einfluß der übrigen Mächte im Sinne des Friedens und einer Kompromißpolitik viel wirksamer machten. Zugleich darf man sich von dem günstigen Ergebnis dieses langen Zusammenarbeitens versprechen, daß solches Arbeiten allmählich zu einer Gewohnheit der Mächte wird. Um so weniger liegt daher ein Grund für die Auffassung vor, die in einem Teil der österreichischen Presse zum Ausdruck kommt, daß der alte Gegensatz zwischen Rußland und Österreich bald von neuem ausbrechen und daß Deutschland in diesen Konflikt mit hineingezogen werden würde. Das ist ein falscher Analogieschluß, denn die europäische Situation nach der Londoner Botschafterreunion ist nicht dieselbe wie die nach dem Berliner Kongreß.

Die beiden Balkankriege haben die allgemeine Lage insofern geklärt, als jetzt wohl niemand mehr eine Expansionspolitik Rußlands oder Österreichs auf der Halbinsel für möglich hält. Die Balkanstaaten haben ihre militärische Leistungsfähigkeit der Welt bewiesen, sie betrachten sich jetzt als völlig und endgültig emanzipiert. Sie haben wiederholt die dringenden Ratsschläge des europäischen Konzerts in den Wind geschlagen, und die Mächte haben weise gehandelt, nur auf wenigen Forderungen, die im Interesse des europäischen Friedens

unabweislich waren, zu bestehen. Einer der bezeichnendsten Fälle, die die Selbständigkeit der Balkanstaaten dargetan haben, war der Mißerfolg der eindringlichen Mahnungen, die der Zar kurz vor dem zweiten Balkankrieg an die Könige von Serbien und Bulgarien richtete. Die Balkanstaaten nahmen politische Weisungen von Petersburg nicht mehr an. Es ist kein Zweifel, daß Rußland dadurch einen beträchtlichen Teil seines Einflusses auf dem Balkan eingebüßt hat. Nicht nur, daß Serbien und Bulgarien dem so entschieden ausgesprochenen Wunsche des Zaren nicht willfahrten; es kann auf dem Balkan auch nicht ohne Eindruck geblieben sein, daß Rußland gegen die Wiederbesetzung Adrianopels durch die Türkei Einspruch erhob, daß aber auf die Drohung keine Tat folgte.

Was nun die Balkanstaaten selbst betrifft, so hat der Friedensschluß keine definitiven Grenzen und keine stabilen Verhältnisse geschaffen. Der kurze Traum eines Balkanbundes ist vorbei, und die Feindschaft der Nationalitäten ist durch den zweiten Balkankrieg nur noch tiefer in die Herzen gegraben. Die unmittelbare Wirkung des zweiten Krieges ist, daß Bulgarien in natürlichem Gegensatz zu Serbien und Griechenland steht, die ihm einen so großen Teil seiner Kriegsbeute entrisen haben. Bulgarien denkt selbstverständlich daran, sobald es innerlich erstarbt ist, die Schlappe wieder gut zu machen. Die Erschöpfung an Gut und Blut wird Bulgarien voraussichtlich auf einige Jahre zum Frieden zwingen, wenn nicht die Behandlung der mazedonischen Bulgaren durch ihre neuen serbischen und griechischen Herren eine vorzeitige Explosion herbeiführt. Bulgarien hat Anschluß bei der Türkei gesucht und gefunden. Im November veröffentlichte die Wiener Politische Korrespondenz folgende Ausführungen des bulgarischen Ministers Ghenadiew. „Bulgaren und Türken,“ sagte dieser, „hegen überhaupt keine Feindschaft gegeneinander. Das trat in markanter Weise zutage, als selbst unmittelbar nach den ersten Kämpfen des ersten Balkankrieges Bulgaren und Türken miteinander fraternisierten.“ „Zum Kriege um Mazedoniens willen,“ fuhr der Minister fort, „wurde Bulgarien durch die Lage der Volksgenossen in diesem Gebiet gedrängt; um Thraziens willen wird aber Bulgarien keinen Krieg gegen die Türkei unternehmen. Es ist somit die Bahn frei für ein sehr freundliches Nebeneinanderleben der beiden Länder und für eine einvernehmliche Verständigung über alle zwischen ihnen zu regelnden Angelegenheiten.“

Serbien und Griechenland müssen beide auf einen Revanchekrieg Bulgariens gefaßt sein. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie in einem künftigen Kriege mit Bulgarien zusammenstehen werden. Doch muß man auch die andere Möglichkeit ins Auge fassen, daß Serbien sich mit Bulgarien verständigt und beide über Griechenland herfallen; denn der nationale Haß und die territoriale Rivalität zwischen Serbien, Griechenland und Bulgarien ist ziemlich gleich groß, und die Waffengemeinschaft im zweiten Balkankrieg hat die Feindschaft und Eifersucht zwischen Serben und Griechen wohl etwas gemildert, aber nicht beseitigt. Doch im Augenblick liegt die Annahme nahe, daß Serbien und Griechenland zusammenhalten werden. Es ist freilich zweifelhaft, ob sie einem

gekräftigten Bulgarien gewachsen sein werden, und sie sehen sich ihrerseits nach einem Rückhalt um. Diesen könnte ihnen Rumänien gewähren. Die gegenseitigen Ministerbesuche zwischen Bukarest, Belgrad und Athen hatten das Gerücht zur Folge, die drei Staaten seien neuerdings ein Bündnis eingegangen. Das ist indes nicht der Fall. Eine Entente zwischen ihnen dürfte allerdings bestehen, und deren Ziel ist augenscheinlich die Erhaltung des status quo, wie er durch den Frieden von Bukarest geschaffen worden ist. Aber allem Anschein nach ist es nur eine Entente auf kurze Frist, nämlich für den Fall, daß ein türkisch-griechischer Konflikt den Bestand des Bukarester Friedens bedroht. Falls die Türkei die Griechen wegen der Inselfrage angreift, würde der Bukarester Friede dadurch nicht gefährdet werden, und Rumänien könnte sich neutral verhalten; falls aber Bulgarien eingreift, um seine Grenze mit Griechenland zu verbessern, würde Rumänien nicht ruhig zusehen.

Rumänien hat in dem zweiten Balkankrieg den Ausschlag gegeben, und seine Politik ist ein so wichtiger Faktor geworden, daß sie eine ausführliche Erörterung verdient. Rumänien hatte sich bisher von den Verwicklungen der Balkanpolitik ferngehalten, außer wenn es sich veranlaßt sah, im Interesse der rumänischen Volksplitter in Mazedonien, der Rußo-Wallachen, der gewaltsamen Propaganda der Bulgaren, Serben und Griechen entgegenzutreten. Aber gegenüber den Balkanstaaten nahm Rumänien eine gewollte Sonderstellung ein. Es mochte gar nicht zu ihnen gerechnet werden; als einziges, nicht-slawisches, christliches Volk an der unteren Donau betrachtete es als seine Aufgabe, einen Wall zwischen Russen und Balkanslawen zu bilden. Nach zuverlässigen Mitteilungen in der rumänischen Presse ist es noch heute der bestimmte Wille König Karls, in die Strömungen und Gegenströmungen der Balkanpolitik sich nicht hineinziehen zu lassen, sondern sich unabhängig von ihnen zu halten.

Es liegt im Interesse Rumäniens, daß das Gleichgewicht unter den Balkanstaaten erhalten bleibe, daß keiner von ihnen so stark werde, um eine Hegemonie errichten zu können. Weder ein allzugroßes Bulgarien noch ein allzugroßes Serbien wünscht Rumänien. Seine jetzige Politik geht dahin, den durch den Bukarester Frieden geschaffenen status quo zu erhalten. Die Frage ist nur, ob die Politik, die zu diesem Frieden führte, und die Notwendigkeit, den jetzigen Status zu erhalten, Rumänien nicht schon zu weit von seiner früheren politischen Bahn abgelenkt haben, als daß es noch in sie zurückgleiten kann. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß der Bukarester Frieden Rumänien ein uninteressiertes Fernbleiben von der Balkanpolitik nicht mehr gestatten wird. Tatsächlich ist Rumänien schon durch sein bewaffnetes Auftreten gegen Bulgarien von seiner früheren Haltung abgewichen; es hat tief in die Balkanpolitik eingegriffen: nicht nur eine sehr aktive Politik des Gleichgewichts, sondern auch eine Politik der Kompensationen hat es verfolgt. Der Gegensatz zwischen Bulgarien zu Griechenland und Serbien oder, falls Serbien sich auf Seite Bulgariens schlagen sollte, zu Griechenland allein wird notwendig die

künftige Balkanpolitik beherrschen, und er verspricht den in Bukarest gezogenen Landesgrenzen keine lange Dauer. Da die Erhaltung des Bukarester Friedens für Rumänien eine Frage des Prestiges ist, ist ein weiteres, vielleicht unmerkliches Verwachsen mit der Balkanpolitik kaum noch zu vermeiden, so gern auch König Karol an der alten Formel des Desinteressements festhalten möchte. Dazu kommt noch eine Veränderung in der nationalen Stimmung. Das lange Zuhalten Rumäniens in der Balkankrise hatte eine Mißstimmung erzeugt, die nicht ganz ohne Einfluß auf den Entschluß einzugreifen bleiben konnte; dazu hat dann der Erfolg dieses Eingreifens, die Gebietserwerbung und die ausschlaggebende Stellung, die Rumänien errang, den nationalen Ehrgeiz einerseits befriedigt, andererseits gesteigert. Dadurch sind wieder die nationalistischen Tendenzen in Rumänien gekräftigt worden, und nach verlässlichen Berichten haben sie bereits begonnen, einen merklichen Einfluß auf die Staatspolitik zu gewinnen.

Diese nationalistischen Tendenzen sind panrumänischen Charakters. Außerhalb des Königsreichs leben über 4 Millionen Rumänen, 1 Million in Bessarabien, $2\frac{3}{4}$ in Ungarn und $\frac{1}{2}$ in der Bukowina. Die panrumänische Bewegung hat zwar erst Mitte der 90er Jahre in der „Liga für die kulturelle Einheit aller Rumänen“ eine Organisation gefunden. Aber schon 1883 sprach der Bürgermeister von Jassy auf einem Bankett, und zwar in einem Toast auf den anwesenden König, auf die politische Vereinigung der von Rumänen bewohnten Gebiete Österreich-Ungarns mit dem Fürstentum. Eben in jener Zeit suchte Rumänien eine politische Anlehnung an Österreich-Ungarn. Gegenüber der panrumänischen Bewegung erklärten rumänische Minister, die Existenz der habsburgischen Monarchie sei eine europäische Notwendigkeit; die Angliederung aller ungarischen Rumänen an das Königreich habe den Zusammenbruch Österreichs zur Voraussetzung, und dieser müsse Rumänien selbst verhängnisvoll werden. Die Anlehnung Rumäniens an Österreich beruhe auf der Furcht vor der slawischen Gefahr. Inzwischen aber haben die Rumänen erkannt, daß das Schreckgespenst des Panславismus keine Realität hat, da die Balkanstaaten ihre politische und nationale Individualität auch gegen Rußland entwickelt und behauptet haben; und außerdem hat Rumänien jetzt die Wahl, ob es sich an die Balkanstaaten oder an Österreich-Ungarn anlehnen will. Inzwischen hat die beständige Unterdrückung der rumänischen Nationalität in Ungarn natürlich die nationalistische Bewegung in Rumänien geschürt, und es ist nicht ohne Interesse, daß der gegenwärtige Minister Take Jonescu als junger Rechtsanwalt zu den nationalistischen Agitatoren gehört hat.

Man hat der österreichischen Politik den Vorwurf gemacht, daß sie während der Balkankrise die Ansprüche Rumäniens nicht genügend unterstützt und sich daher die Entfremdung Rumäniens selbst zuzuschreiben habe. Diese Auffassung erscheint uns durchaus ungerechtfertigt. Aus dem rumänischen Grünbuch und den Reden der rumänischen Minister geht deutlich hervor, daß Österreich von

Anfang an die rumänischen Ansprüche gegen Bulgarien soweit unterstützt hat, als es dazu in der Lage war. Es ist nicht die österreichische, sondern es ist die rumänische Politik, die die Veränderung der Beziehungen beider Staaten bewirkt hat, und zwar dadurch, daß sie, entgegen ihren früheren Grundsätzen, sich aktiv in der Balkanfrage engagierte. Rumänien muß jetzt seine Politik des Gleichgewichtes fortsetzen. Eine Auseinandersetzung zwischen Bulgarien und seinen Gegnern steht notwendig bevor. Auf die Dauer wird es Rumänien schwer werden, ein Stärkerwerden sowohl Bulgariens als Serbiens zu verhindern, ganz besonders in dem Falle, wenn sich beide gegen Griechenland wenden, um sich auf dessen Kosten zu vergrößern. Rumänien ist auch nicht mehr in der Lage, Gebiets-erweiterungen Bulgariens oder Serbiens durch eigene Gebiets-erwerbungen am Balkan zu kompensieren, denn es hat sich jetzt schon Bezirke mit rein bulgarischer Bevölkerung einverleibt. Wenn also Rumänien neuerdings zu einer Politik der Kompensation getrieben würde, so würde ihm die panrumänische Bewegung den Weg weisen, und es muß mit der Möglichkeit rechnen, daß diese, was zurzeit nicht der Fall ist, einen ausgesprochenen irredentistischen Charakter annehme. Neigt nun Rumänien ohnehin zu Serbien, so würde ein solcher Irredentismus der rumänischen und der serbischen Politik völlig parallele Ziele geben, nämlich die Gewinnung der von Rumänen und Serben bewohnten Gebiete Österreich-Ungarns. Eine irredentistische Politik Rumäniens und Serbiens würde natürlich auch großes Interesse in Rußland erregen, und eine geschickte und unternehmende russische Politik könnte durch die Benutzung dieser Schachfiguren Züge machen, die Österreich in beträchtliche Verlegenheit setzen würde.

Österreich-Ungarn befindet sich also in einer neuen Situation. Es hat die Möglichkeit einer irredentistischen Gegnerschaft Rumäniens und eine rumänisch-serbische Kombination ins Auge zu fassen, die von Rußland begünstigt und von ihm in seinem eigenen Interesse benutzt werden könnte. Daß es die Bedeutung der Situation erkannt hat, geht daraus hervor, daß die ungarische Regierung Graf Tiszas den solange vernachlässigten Forderungen der ungarischen Rumänen jetzt eine entsprechende Berücksichtigung zuteil werden läßt. Und natürlich ist die Befriedigung der legitimen nationalen Wünsche der Südslawen und Rumänen das gegebene Mittel, der Anziehung entgegenzuwirken, die die Königreiche auf sie ausüben. Aber der Monarchie stehen noch andere Mittel zu Gebote, und diese liegen vor allem in der Benutzung der Gegensätze, die zwischen den Balkanstaaten bestehen. Es dürfte der österreichischen Politik nicht schwer fallen, Bulgarien auf seiner Seite festzuhalten, und durch Bulgarien auch die Staaten, die mit ihm befreundet sind.

Vorläufig sind die politischen Verhältnisse auf dem Balkan noch äußerst labil. In ein bedenkliches Stadium würde die rumänisch-serbische Kombination ohnehin erst treten, wenn Rußland den beiden Staaten die Schwerkraft seiner Unterstützung liehe. Nun erfährt aber das ganze Problem eine wesentliche Entlastung dadurch, daß in der Balkanpolitik keine direkten Gegensätze mehr

zwischen Rußland und Österreich bestehen; da jetzt beide Mächte von einander wissen, daß sie jeden Gedanken an eine Expansionspolitik auf der Halbinsel aufgegeben haben. Zudem hat Rußland aus inneren Gründen ein starkes Friedensbedürfnis; seine innerpolitischen Aufgaben nehmen seine Gedanken und Kräfte reichlich in Anspruch, und nach außen weisen es seine Interessen immer mehr nach Asien. Ferner ist, wie eingangs ausgeführt, der Gegensatz zwischen den Mächtegruppen des Dreibundes und der Tripleentente durch die Bildung eines europäischen Konzerts wesentlich vermindert und es ist daher für die übrigen Mächte leichter, in etwaigen künftigen Konflikten zwischen Österreich und Rußland die ehrlichen Makler zu spielen.

Aber es liegt auf der Hand, daß die tatsächliche Lage Österreich-Ungarns in seinem Verhältnis zu dem Balkan sehr verschieden ist von der, wie sie sich in den Köpfen derer malt, die vor den Balkankriegen einer „imperialistischen“ österreichischen Balkanpolitik das Wort redeten, und die jetzt uns Deutsche verlocken möchten, uns gemeinsam mit der Donaumonarchie auf eine „kühne“ Balkanpolitik und weiterhin auf eine gemeinsame Politik in Vorderasien hinauszuwagen. Was die Balkanstaaten betrifft, so befindet sich Österreich-Ungarn heute ganz in der Defensive, und Deutschland hat auf dem Balkan keine politischen Ziele. Zudem hängt die Balkanpolitik jetzt so sehr mit den inneren und Nationalitätenfragen Österreich-Ungarns zusammen, daß, wenn wir gemeinsam mit Österreich eine erfolgreiche Balkanpolitik treiben wollten, wir gar nicht umhin könnten, auf diese inneren Angelegenheiten Österreich-Ungarns Einfluß zu üben. Das würden Österreicher und Ungarn uns nicht danken, und wir wären Loren, wenn wir uns in diese Dinge mischten, die das Deutsche Reich nichts angehen.

Für uns Deutsche ist es nach wie vor ein Axiom, daß die habsburgische Monarchie ein unentbehrliches Mitglied der europäischen Staatenfamilie und daß ihr Fortbestand als Großmacht für uns unerseßlich ist. Aber es besteht keine durchgehende Gleichartigkeit unserer auswärtigen Interessen und der Ziele unserer Politik, und die deutsche Politik darf sich durch falsche Vorstellungen von einer solchen Interessengemeinschaft von ihren eigenen Zielen nicht ablenken lassen.

